

aussehen der Steuerbehörde wieder auf, um eine Kontrolle des Steuerpflichtigen zu ermöglichen. Es gibt für ihn kaum einen Raum oder ein Geheimnis in seinen geschäftlichen oder privaten Angelegenheiten, in das die Steuerbehörde nicht das Recht hätte, einzudringen.

Eine derartige Beschränkung der Rechte des Einzelnen macht sich immer nötiger, je höher und unerträglicher die Steuern werden und damit der Reiz und die Wollstlichkeiten ihrer Hinterziehung wachsen. Letztere sind durch die Struktur des heutigen Geldverkehrs so schwer durchsichtig geworden, daß selbst banktechnisch geschulte Steuerbeamte eine gezielte aufgefällige Bilanz nicht mehr durchschauen können.

Eine Verschärfung der Kontrollmethoden könnte hieran nur wenig ändern, sie würde nur die Hypertrophie unseres Finanzbeamtenkörpers vergrößern. Während Napoleon die Finanzen der französischen Revolution durch ein vernünftiges System und die Verabfolgung der vorhandenen 200.000 Steuerbeamten auf 6000 sehr bald in Ordnung brachte, bemühen wir uns durch ein ständig wachsendes Heer von Steuerbeamten der Vermögenslosigkeit des sich selbst einschließenden Staatsbürgers nachzuhelfen und die gerühmte Wirkung unserer Steuermethoden auszugleichen. Im Jahre 1923 sollen unsere Finanzbehörden über 100 Millionen einzelner Steuererklärungen bearbeiten, mehrere 100 Millionen einzelner Zahlungen annehmen und fast 1/2 Million Menschen der produktiven Arbeit entzogen haben. Dazu muß man noch rechnen, daß vielleicht ebenso viel unproduktive Arbeiten von Seiten der Steuerzahler mit der Erledigung dieser Schriftsätze geleistet und dazu unzählige Anwalts-, Buchhalter-, Steuerberater und dergl. von Handel und Industrie bezahlt werden müssen. Was mag diese Arbeit und der damit verbundene Materialverbrauch kosten und in welchem Umfang mag sie unsere Produktion vermindern und dadurch unsere Ausfuhr, die Vorbedingung für eine normale Zahlungsbilanz und Handelsbilanz, erschweren! Dies wird dem deutschen Steuerzahler wohlweislich dadurch

perdelmüht, daß ihm im Staatshaushalt nur die Summen der Steuererträge, aber nicht ihre Erhebungsstellen mitgeteilt werden. Ihre Veröffentlichung zu verlangen, muß deshalb eine der ersten Forderungen sein. Wir würden dann vielleicht sehen, daß manche Steuer nicht allein seinen Reinertrag liefert, sondern sogar mehr kostet, als sie einbringt.

Zu diesen bisher geschilderten, vom herrschenden Steuerwesen bedingten Schäden, der sinkenden Steuermoral und Staatsgefinnung, hohen Erhebungsstellen, Belastung der Arbeit und des unbeweglichen Vermögens zugunsten des heimtlichen Finanzkapitals, kommen noch nachteilige Folgen wirtschaftlicher und kultureller Art.

Wir hatten bereits darauf hingewiesen, daß die heutige Art der Steuererhebung durch die damit verbundenen stark unproduktive Arbeit unsere Wirtschaftstätigkeit beeinträchtigt und so den Wiederaufbau unserer Wirtschaft erschwert. In diesem Zusammenhang mag noch erwähnt werden, daß die heutigen hohen Steuerlasten und die vielen, zur Erhebung kommenden sich überlagernden und kreuzenden Steuern es für Handel und Gewerbe unmöglich machen, sich gegen deren Folgen wie sonst durch Abwälzung ihrer Belastung zu schützen. Sowie irgendmöglich wird der Unternehmer es natürlich tun. Bei der Fülle der Steuern aber wird sich dies in der Praxis so auswirken, daß er seine gesamten Ausgaben auf dem Lohnkostenkonto postuliert und sie dadurch mit den übrigen Kosten auf den Warenpreis aufschlägt. Da dies aber, wie gesagt, bei der Höhe und Zahl der Steuern nicht ganz möglich sein wird, so verhindert das heutige Steuerwesen nicht nur die Kapitalbildung, sondern geht auch noch das vorhandene Vermögen auf. Davon werden natürlich mehr die Unternehmer, deren Verhältnisse leicht zu durchschauen sind, als der kleine und mittlere Gewerbetreibende, als die großen Konzerne betroffen, deren Steuerabrechnung um so schwerer zu kontrollieren ist, je mehr sie ineinander geschichtet oder mit dem Ausland verbunden sind.

Nach mehr aber haben unter dem heuerlichen Einfluß die freien Berufe, die Beamten und die Gelehrten

zu leiden. Abgesehen davon, daß ihnen überhaupt nicht die Möglichkeit der Steuerabwälzung, die sogar der Arbeiter bei der Verfügung hat, haben diese Kreise Vermögen nur in geringstem Umfang über die Inflationsschere gerettet. Dieses neu zu bilden, macht ihnen der Staat noch schwerer als den Gewerbetreibenden, indem er ihnen von ihrem Einkommen nur gerade das läßt, was sie unbedingt zu dem Lebensnotwendigen brauchen. Darin liegt ebenfalls eine Unterdrückung des Tätigen zugunsten des Durchschnitte, denn die Eigenschaften, die die Tüchtigkeit eines Menschen ausmachen, und ihn aus der Masse herausheben, sind am wenigsten gegenüber einem Steuerwesen, das die Ergebnisse hoher Leistungen sofort zugunsten der Allgemeinheit wegnimmt.

Ein solches Steuerwesen benachteiligt nicht allein den Arbeiter, dem dadurch der Aufstieg zum Unternehmer verweigert wird, sondern vor allen Dingen den Mittelstand, also die Schicht der wirtschaftlichen und gelehrten Kultur. In einem solchen Steuerwesen aber, dem Ausdruck, wie „Erfassung der Sachwerte“ und „Einartigkeit in die Substanz“ geflüchtigt geworden sind, sieht der Arbeiter den Abbau der alt-europäischen, in Blut und Geist vererbten, von hoher Tradition und Form durchsättigten Gesellschaft, bis auf ein Nichts übrig bleibt als eine Gruppe tauschlos regierender Finanzleute und eine proletarische Massenmasse, die selbst mit der in Jahrhunderten herangewachsenen innerlichen Kultur nichts zu tun haben, sie weder erhalten können, noch sie entbehren.

Dies nennt Eucken, den vom Sozialismus offen geachteten, von der doktrinen Demokratie nicht als Ungläubigen betrachteten Steuerbolschewismus, der durch Expropriation mit dem Steuerzettel ohne viel Aufhebens auf trockenem Wege zu erreichen sucht, was in Rußland durch Ströme von Blut erreicht worden ist.

Der Einzelne mag zu diesen Auffassungen stehen wie er will, er wird aber zugeben müssen, daß sehr viel Wahres in ihnen steckt und daß wir unsere Wirtschaft nicht wieder aufbauen können, wenn wir nicht zu einem Steuerwesen übergehen, das die hier aufgedeckten Fehler vermeidet.

Im Zeichen politischer Verworrenheit.

Die Lage ist nach wie vor ungeklärt.

Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten?

Berlin, 25. Aug. Die parlamentarische Lage ist auch heute noch nicht völlig geklärt, trotzdem in seiner heutigen Rede der Deutschnationale Parteiführer Dietrich erklärte, daß seine Partei alle mit dem Dawes-Bericht zusammenhängenden Punkte ablehnen werde. Man glaubt nämlich immer noch, daß die Deutschnationalen damit noch nicht ihre letzte Entscheidung getroffen hätten. Anzeichen des Erlasses der Lage erfolgte auch eine unverbindliche Abspinnung von Seiten der Nationalen mit den Deutschnationalen. Es scheint jedoch auch hierbei keine weitergehende Annäherung — wenigstens nicht die jetzt noch anstehende — erfolgt zu sein. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß der Abgeordnete Dietrich in weitestem Umfang die Notwendigkeit einer aktiven Mitarbeit der Deutschnationalen Volkswart betont habe, und daß diese Frage noch immer nicht geklärt sei.

Die Regierungskreise besteht jedenfalls die auch in der heutigen Rede des Reichskanzlers angekündigte Absicht, auf Grund des § 45 der Reichsverfassung die Unterzeichnung des Londoner Paktes vorzunehmen. Bekanntlich erwähnt dieser Paragraph den Reichspräsidenten, die Reichsregierung mit der Vornahme völkerrechtlicher Handlungen und zur Unterzeichnung von Verträgen zu beauftragen, ohne daß der Reichstag in derartigen besonderen Fällen gehört wird. Trotz der Auflösung des Reichstages könnte die Reichsregierung also die Unterzeichnung des Londoner Paktes rechtlich vornehmen. Am Reichstag verläuft heute, daß die Reichsregierung die englische Regierung bereits über eine derartige Absicht verhandelt und aus London eine Antwort erhalten habe, die erkennen läßt, daß das Ausland eine Unterzeichnung des Londoner Paktes auf der angegebenen Grundlage als verbindlich ansehen würde. Sollten die Minister verhindert sein, so würde die Unterzeichnung durch den deutschen Volkswart in London erfolgen.

Kompromißgerüchte.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) Berlin, 25. Aug. Obwohl die offiziellen Fraktionsführungen erst für Montag früh anberaumt sind, haben am Sonntag inoffizielle Besprechungen über Kompromißmöglichkeiten stattgefunden. Hierbei waren alle Beteiligten bis zur Stunde strenges Schweigen. Man sah den Führer der Deutschnationalen mehrfach mit Dr. Stresemann und auch mit dem Kanzler konferieren. Die sozialdemokratischen Führer waren am Sonntag vormittag beim Reichspräsidenten. Entscheidungen irgendwelcher Art sind erst in den offiziellen Fraktionsführungen am heutigen Montag zu erwarten, doch wurde gestern abend im Reichstag mehrfach berichtet, daß es wahrscheinlich zu keiner Auflösung kommen würde, und zwar auf Grund der Besprechungen und Zusäen, die die Reichsregierung nach rechts zu geben nicht mehr abgesehen sei.

Die Obstruktion der Kommunisten.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 25. August. Der Reichstagsrat des Reichstages beschloß heute, daß am Dienstag die zweite Lesung und die Einzelberatung der verschiedenen Gesetzentwürfe zur Ausführung des Sachverständigenratschusses erfolgen soll. Die dritte Lesung wird am Donnerstag stattfinden. Nach ihrem Abschluß erfolgen dann die entscheidenden Abstimmungen, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob der Reichstag aufgelöst wird oder nicht. Die Kommunisten kündigten an, daß sie in scharfer Opposition gegen die Regierung treten würden. Sie wollen auch einen Antrag nach Artikel 72 der Reichsverfassung einbringen, nach dem auf Verlangen eines Drittels des Reichstages die Verkündung von Reichsgesetzen an zwei Monate ausgesetzt wird. Da die Kommunisten ausbleibend hierbei auf die Unterstützung der Reichstagsparteien rechnen, haben die übrigen Parteien ihre sämtlichen Mitglieder, soweit sie nicht schon in Berlin sind, telegraphisch aufgefordert, unverzüglich nach Berlin zu kommen, um das kommunistische Vorgehen zu durchkreuzen.

Owen Young, Generalagent für die deutschen Reparationszahlungen.

Paris, 25. August. Nach der „Chicago Tribune“ hält sich das ehemalige amerikanische Mitglied des ersten Sachverständigenratschusses, Owen Young, bereits in Paris auf. Er wird von der Reparationskommission offiziell befragt, ob er bereit sei, den im Sachverständigenrat vorerwähnten Vorschlag des Generalagenten für die deutschen Reparationszahlungen anzunehmen. Nach der „Chicago Tribune“ erklärte er sich bereit, den Vorschlag vorübergehend anzunehmen. Er werde die Organisation des erforderlichen Stabes sofort in die Wege leiten. Man nimmt an, daß die ganze Einrichtung in drei Monaten völlig funktionieren werde. Darauf werde sich Young zurückziehen, um sich wieder seinen persönlichen Interessen in Amerika zu widmen.

England und das deutsch-französische Abkommen.

London, 25. August. Die „Westminster Gazette“ schreibt in einem Artikel, England dürfe keine Besorgnis wegen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands haben. Ein deutsch-französisches Abkommen allerdings könne England sehr nachteilig sein. Englische und offene Konkurrenz sei nicht zu fürchten. Wohl aber liege eine wirtschaftliche Gefahr darin, daß politische Methoden angewandt werden könnten, um die Bedingungen des Konkurrenzkampfes unbillig und untreu zu machen. (W. T. B.)

Die französische 26prozentige Abgabe auf deutsche Waren.

Paris, 25. Aug. Havas teilt mit: Ministerpräsident Herriot hat, wie mitgeteilt, in der Kammer angekündigt, daß er einen Gesetzentwurf vorbereitet, durch den die deutsche Einfuhr von Frankreich einer 26prozentigen Abgabe unterworfen werden soll, analog der Abgabe, die in England erhoben wird. Wenn diese Maßnahme in Frankreich zur Durchführung kommt, wird diese Abgabe, wie man sich ausdrücken könnte, einen Zuschlag zu den augenblicklich auf den deutschen Waren liegenden Zollgebühren darstellen. Die Maßnahme würde in der Hauptsache darin bestehen, daß Frankreich einen Teil der von den Privatleuten den deutschen Lieferanten bezahlten Gelder für sich zurückhält, d. h. jeder französische Schuldner würde, um eine von einem deutschen Lieferanten vorgelegte Rechnung zu bezahlen, diesem Lieferanten nur 74 Prozent seiner Rechnung bezahlen, während die restlichen 26 Prozent zur Erfüllung der Reparationslasten an den französischen Staat bezahlt würden.

Durch ein derartiges Verfahren würde der Transfermechanismus, wie er im Dawesplan vorgesehen ist, vereinfacht werden; denn die Summen, die der französische Staat auf diese Weise erhielt, würden dem deutschen Lieferanten durch den Generalagenten für die Reparationszahlungen zurückkehren werden. Die Einbehaltung der 26 Prozent würde also, wie in England, unter ziemlich gleichen Bedingungen automatisch vor sich gehen. Sie würde keine Beeinträchtigung der Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland bedeuten, und es würden dadurch alle Garantien geschaffen werden, um zu verhindern, daß seitens der deutschen Lieferanten Preisausschläge erfolgten, wodurch die französischen Konsumenten neu belastet würden. Diese Einbehaltung sollte übrigens nicht stattfinden bei Transaktionen und Zwischenhandlungen. Die Abgabe solle ferner nicht erhoben werden für Waren, die vor dem 20. August 1924 bei deutschen Häfen bestellt worden seien und auf die vor diesem Zeitpunkt eine Auszahlung geleistet worden sei. (W. T. B.)

Die Aufhebung der Zollgrenze.

Das englische Kabinett stimmt zu. Rotterdam, 25. August. Wie die Londoner „Evening Times“ meldet, hat das englische Kabinett am Freitag die Aufhebung der Zollgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland genehmigt. Die englischen Bevollmächtigten beneh sich am 8. September nach Paris.

Begleitender Besatzungsabzug in Dortmund.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) Dortmund, 25. August. Hier sind gestern die Intendanten der französischen und belgischen Besatzungsarmee eingetroffen. Ein Teil der Offizierswohnungen in Privathäusern sind am 1. Oktober akkordiert worden. Am Mittwoch findet eine Besprechung der Besatzungsbehörden mit den Vertretern der Stadt Dortmund statt, die die Vorbereitungen für die demnächstige Räumung treffen sollen.

Ohne Resultat.

Nach keine englischen Industrieerträge. (Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) Rotterdam, 25. August. „Daily Chronicle“ meldet, daß die englische Bankierkommission, die in letzter Woche auf dem deutschen Boden arbeitete, am Freitag wieder in London eintrafen ist. Sie habe mit der deutschen Großindustrie, besonders im Ruhrgebiet, Besprechungen gehabt über die Behebung arbeitsloser Kräfte mit 2 bis 3 monatiger Dauer.

China und der Völkerbund.

Peking, 25. August. Eine Gruppe von Mitarbeitern des Repräsentantenhauses hat einen Antrag eingebracht, in dem der Austritt Chinas aus dem Völkerbunde gefordert wird für den Fall, daß China bei der bevorstehenden Versammlung in Genf nicht wieder einen Sitz im Völkerbundrat erhält.

Annehmen oder ablehnen?

Die deutsche Industriellenvereinigung gegen den Dawes-Plan.

Die Vereinigung deutscher Industrieller gab auf ihrer Erörterung Tagung am dem Dawes-Gutachten folgende Erklärung ab:

Wir verweigern dem Reichsverband der deutschen Industrie und der Regierung Marx-Stresemann in ihrer Politik zum Dawes-Gutachten die Befolgschaft. Wir erklären, daß die in London eingezeichneten Verhältnisse zur Nationalisierung und zur Unrentabilität der deutschen Wirtschaft und damit zu einer unerhörten Verschärfung des Lebensstandes der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes führen müssen, daß sie für Deutschlands Volkswirtschaft um so unerträglich seien, als sie mit einem System feindlicher Kontrolle verknüpft sind, das ebensowenig mit der Würde eines souveränen Staates wie mit dem Rechte auf freie Selbstbestimmung der Wirtschaft in Einklang gebracht werden kann. Wir fordern deshalb die politischen Körperschaften auf, den Dawes-Plan in der vorgelegten Form abzulehnen.

Eine Kundgebung des Hanjabundes.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 25. Aug. Der Hanjabund hielt eine Fraktionsversammlung ab, in der folgende Kundgebung einstimmig Annahme fand:

Das Präsidium des Hanjabundes für Gewerbe, Handel und Industrie schließt sich mit allem Nachdruck dem Protest an, den der deutsche Industrie- und Handelsverband, der Reichsverband der Deutschen Industrie und der Wirtschaftsausschuß für die besetzten Gebiete gegenüber der mit der Abspaltung des Sachverständigenratschusses unvermeidbaren Aufrechterhaltung militärischer Besetzung der deutschen Gebiete außerhalb der Vertragsgrenzen erhoben hat. Das Präsidium des Hanjabundes fordert von der Reichsregierung in der Erklärung, daß auf dem Wege wirtschaftlicher Verhandlung das im Ausnahmefall Erreichbare durchgesetzt wird. Es richtet entsprechend seiner Zustimmung zum Sachverständigenbericht unter nochmaliger Betonung seiner ersten Bedenken hinsichtlich der Wiederherstellung der deutschen Leistungsfähigkeit

an den Deutschen Reichstag den dringenden Appell, die das Londoner Abkommen betreffenden Gesetze vorzulegen anzunehmen.

Je einheitlicher die politischen und wirtschaftlichen Kräfte in Deutschland jetzt zusammenstehen um so nachdrücklicher wird sich die Reichsregierung für die Bekämpfung der vollen Weirung des besetzten Gebietes einsetzen können. Daher erwartet auch das Präsidium des Hanjabundes, daß die politischen Parteien sich in ihrer Entscheidung ausschließlich von nationaler Gemeinheitspflicht leiten lassen und ihre Zustimmung nicht mit parteipolitischen Sonderwünschen belasten.

Pfälzer Städte bitten um Annahme.

Ludwigshafen, 25. Aug. Im Auftrage der Städte Frankenthal, Kaiserslautern, Landau, Ludwigshafen, Neuhalden, Firmelsend, Speyer und Zweibrücken richtete Oberbürgermeister Weh von Ludwigshafen an den Reichstag folgendes Telegramm:

Die Bevölkerung der Pfalz weilt, daß die Londoner Abmachungen dem deutschen Volke ungeheure Kosten auferlegen und schwere Bedenken auslösen. Trotzdem bitten Sie den Reichstag dringend, den Abmachungen zuzustimmen, da eine Ablehnung unabsehbare Folgen für das wirtschaftliche und politische Leben nicht nur des besetzten Gebietes, sondern des gesamten deutschen Vaterlandes mit sich brächte.

Der rheinische Provinziallandtag über London.

Bonn, 25. Aug. Nach der „Rheinischen Zeitung“ fand am Sonntag im Bonner Rathaus eine Sitzung der Fraktionen der Arbeitgemeinschaft des rheinischen Provinziallandtages statt, in der Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei vertreten waren. Nach einem ausführlichen Berichte des der Arbeitgemeinschaft angehörenden Reichsministers Dr. Farrel wurde die politische Lage eingehend erörtert. Von allen Seiten wurde der schweren Entscheidung der rheinischen Bevölkerung über die Fortdauer der Besetzung Ausdruck verliehen. Es wurde weiter ausgeführt, daß die schweren Kosten des Gutachtens für Industrie und Landwirtschaft kaum tragbar seien. Schließlich wurde jedoch von den Mitgliedern aller der Arbeitgemeinschaft angehörenden Parteien die bestimmte Hoffnung ausgesprochen, daß ein Weg gefunden werde, um diese für das Rheinland wichtige Entscheidung unter Mitwirkung aller in der Arbeitgemeinschaft vertretenen Parteien zur Lösung zu bringen. (W. T. B.)

Die Industrie- und Handelskammern verlangen Annahme.

Berlin, 25. Aug. Die Industrie- und Handelskammer zu Essen richtete am Montag vormittag an den Reichskanzler und die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei ein Telegramm mit folgendem Wortlaut: Der Beirat der Industrie- und Handelskammern für die Kreise Essen, Altheim, Ruhr und Oberhausen verlanat unter ausdrücklicher Berufung auf die gemeinsame Entscheidung der Vorkände des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Wirtschaftsausschusses für das besetzte Gebiet dringend, daß der Reichstag die Londoner Abmachungen der deutschen Delegation genehmigt und die zur Durchführung des Londoner Abkommens notwendigen Gesetze unverzüglich annimmt.